



## Die Waffen nieder!

### Krieg ist keine Lösung. Krieg ist ein Verbrechen!

Kurz vor Auslieferung dieser *Marxistischen Blätter* ist das eingetreten, wovor wir seit Jahren – und auch noch in dieser Ausgabe – warnen: Krieg in Europa, mit bedrohlicher Eigendynamik und dem Eskalationspotenzial eines Atomkrieges. Das macht auch uns schlaflos. Aber nicht kopflos.

Die Eskalationsspirale zwischen NATO, Ukraine und Russland hat sich am 24. Februar 2022 nicht einfach nur weitergedreht, sondern sie hat sich lebensbedrohlich und erschreckend beschleunigt. Da sind Dämme gebrochen. Auch in der »historischen Bundestagsdebatte« vom 27. Februar und durch die Schnellschüsse der Bundesregierung: 100 Mrd. Sondervermögen für die Aufrüstung; 2 Prozent des BIP für Rüstungsausgaben; neue Debatte um »atomare Teilhabe«; bewaffnete Drohnen; Waffenexporte ins Kriegsgebiet »binnen Stunden«; Abkehr vom Ziel gemeinsamer Sicherheit in Europa (!); dramatische Militarisierung des politischen Denkens und Handelns (auch in der Energiepolitik). All das ist keine Friedenspolitik, sondern Öl ins Feuer! Auch Sanktionen sind Krieg, nämlich Wirtschaftskrieg, der russische Bürger:innen, Sportler, Wissenschaftler, Kulturschaffende, Rentner ... in Sippenhaft nimmt, ja, auch alle Kinder und Enkel der Kriegsveteranen, die in ihrer Jugend das Leben riskiert haben, um sich und uns vom Faschismus zu befreien.

An der Spitze der nicht nur verbalen Kriegstreiberei steht in unserem Land der oberste Schwarzrock (auf amerikanisch: BlackRock) der CDU (und Kanzler im Wartestand), Friedrich Merz, der die Friedensbewegung verhöhnt und mit seinem »Genug ist genug! Das Spiel ist aus!« zum totalen Krieg gegen Russland bläst. An seiner Seite der Liebling seiner Klasse, Bundeskassenwart (und Kanzlermacher) Christian Lindner, der alles Soziale unter »Finanzierungsvorbehalt« stellt, aber sein 100-Milliarden-Sondervermögen für »die schlagkräftigste Armee Europas« im Grundgesetz verewigen will. Flankenschutz kommt von ausgemusterten NATO-Militärröcken, die – als »Experten« durch die Talk-Shows tingelnd – Frontverläufe kommentieren oder »Putins Psyche« und die uns verbieten wollen, von »Auf«rüstung, zu reden, so als ginge es nur um die »Aus«rüstung von Soldaten mit langen Unterhosen für den nächsten Russlandfeldzug. Das Spitzenpersonal von SPD und Bündnisgrünen macht sich leider – geschichtsvergessen und gänzlich entwurzelt – zum Vollstrecker dieser brandgefährlichen Politik. Zum wiederholten Mal. Von wegen »Europas erster Krieg seit über 70 Jahren«! Remember Jugoslawien in den 1990ern, – Blaupause für Putin 2022. Trotzdem beides Völkerrechtsbruch.

Musste das alles »alternativlos« so kommen? Natürlich nicht! Was wäre wenn ... ja, wenn z. B. alle Politiker, die so engagiert über »westliche Wertegemeinschaft«, »Freedom & Democracy«, Menschenrechte, »regelbasierte Politik« etc. schwadronieren, genauso engagiert darum gekämpft hätten, dass beschlossene Friedens- und Abrüstungsverträge auch von allen (!) Vertragspartnern eingehalten werden? Dann wäre es nie zu »Putins Krieg« gekommen. (Der mit gleichem Recht auch »Bidens Krieg« genannt werden könnte.) *pacta sunt servanda!* Davon redet niemand. Aus Gründen. Derweil ist Biden (Synonym für die USA) der lachende Dritte. Gruß auch an Frau »Fuck-the EU«-Nuland.

Aber wie immer man das alles auch sehen mag: **Die Waffen nieder!** Das ist die Forderung der Stunde! Die muss im Vordergrund stehen! Ohne Wenn und Aber! **Dafür müssen wir alle auf die StraÙe gehen!** Selbst wenn Putins Kriegsziel sein sollte, eine »entmilitarisierte Sicherheitszone« herbeizubomben: der Überfall auf die Ukraine ist auch damit nicht zu rechtfertigen. Der »russische Bär« hat uns allen, die wir uns als Nicht-Russen gegen alle Anfeindungen immer dafür eingesetzt haben, dass zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur natürlich auch die Achtung russischer Sicherheitsinteressen gehört- einen Bären dienst erwiesen, eine epochale Rolle rückwärts, die man »historisch« nennen darf. Statt Achtung erntet Russland noch mehr Ächtung.

Während diese Zeilen geschrieben werden – Mittags an Tag 5 des Ukraine-Krieges – d. h. an Rosenmontag (!) 2022, verkaufen uns die Medien den Kölner Anti-Putin-Jeckenumzug als größte Friedensdemonstration. Gewöhnungsbedürftig für Nicht-Rheinländer! Die Aktienkurse von Rheinmetall und anderen Rüstungsprofiteuren gehen derweil fröhlich schunkelnd durch die Decke. Krieg ist eben auch ein Konjunkturprogramm.

Niemand weiß, wie die Lage morgen oder am Tag des Erscheinens der Marxistischen Blätter ist.

Wir wissen aber eins: Auch dieser Krieg kostet! Natürlich Menschenleben. Er bringt Tod, Verletzungen, Leid, Zerstörung, neue Ströme von Flüchtenden und neuen, nachhaltigen Nationalismus ... Und er verpulvert allseits Milliarden, die für Bildung, Kinderhorte, Wohnungsbau, Kultur, Soziales fehlen und auch zur Lösung anderer Menschheitsprobleme sinnvoller eingesetzt wären: Klimawende, Hunger, Krankheiten ...

Wir wissen auch: Die Rechnung dafür zahlen einzig und allein die einfachen, arbeitenden Menschen in der Ukraine, im Donbass, in Russland, in allen Kriegsgebieten dieser Welt- und auch bei uns. Ihnen **allen** und ihnen **allein** gehört unser Mitgefühl, unsere Sorge, unsere Solidarität. Nicht den Regierungen. Zu internationaler Kooperation aller Staaten auf diesem Planeten und auch zu einem System gemeinsamer Sicherheit gibt es keine vernünftige Alternative. Damit aber wieder Vernunft das Oberkommando in Moskau und Kiew, aber auch in Washington, London, Paris, Brüssel und Berlin übernehmen kann, müssen die Waffen schweigen.

Und nicht zuletzt wissen wir: Kriege passieren nicht einfach. In Kriege taumelt man nicht schlafwandlerisch. Kriege werden gemacht. Kriege haben Triebkräfte, Treiber und Getriebene. Auch dieser Krieg hat seinen geopolitischen Kontext und seine Vorgeschichte, ohne die er nicht zu verstehen ist. Beides zu verstehen, heißt nicht Verständnis für Krieg zu haben, sondern ist eine Voraussetzung für Frieden.

Was wir als Zeitschrift mit unseren beschränkten Mitteln beitragen können, auch im Pulverdampf die klare Sicht auf Kriegsursachen, Interessen und Zusammenhänge zu behalten, statt Akteure hüben oder drüben zu dämonisieren, wollen wir weiterhin tun. Diese Beilage ist unser erster »Schnellschuss«.

Hier steht allerdings nicht unsere eigene Sicht der neuen Lage im Vordergrund, sondern – wie auch beim Schwerpunktthema dieses Heftes – bereichernde Statements von Friedensfreunden, Bündnispartnern und Parteigenossen aus Europa und jenseits seiner Grenzen. Die sind uns wichtig.

Auf der Aktionskonferenz am 26. Februar, an der wir teilgenommen haben, betonte Reiner Braun, die Friedensbewegung werde auch in diesem Krieg nicht in das »falsche Geheul mit den falschen Wölfen« einstimmen. Auch wir werden als Zeitschrift jetzt nicht hinter falschen Fahnen herlaufen – nicht der ukrainischen, russischen, amerikanischen oder deutschen- sondern weiterhin nur die weiÙe Taube auf blauem Grund hochhalten und die rote Fahne der internationalen Arbeiterbewegung, deren Teil wir sind.

## Die Waffen nieder – NEIN zum Krieg

Bei der digitalen Aktionskonferenz aus der Friedensbewegung am Samstag, 26. Februar 2022 mit mehr als 250 Teilnehmenden – der bisher größten dieser Art – bestand nach einer intensiven Diskussion mit großer Beteiligung Einigkeit:

- Wir verurteilen die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung. Die jahrelange anti-russische Konfrontationspolitik des Westens, besonders der USA und der NATO rechtfertigen keinesfalls die militärische Intervention Russlands.
- Die Bombardierungen und alle weiteren militärischen Aktionen müssen sofort gestoppt werden. Notwendig ist ein umfassender Waffenstillstand, die Aufnahme von Verhandlungen und der Rückzug aller Truppen.
- Waffenlieferungen – auch deutsche – werden den Krieg weiter anheizen und werden deshalb von uns abgelehnt.
- Politische Reaktionen des Westens sollten auf die Wiederaufnahme von Gesprächen gerichtet sein, weiteren Hass und Konfrontation vermeiden und nicht die Bevölkerung Russlands treffen. Deswegen lehnen wir Wirtschaftssanktionen ab. Diese treffen im Kern immer die Menschen der jeweiligen Länder.

Wir wollen als Friedensbewegung weiter aufklären, dass Krieg und Militär keines der wichtigen Probleme, wie Hunger, Flucht, Klimakatastrophe und soziale Ungleichheit lösen wird. Unsre Solidarität gilt den vor Krieg und Verfolgung Geflüchteten.

Es gibt auch bei dem Ukraine/Russland-Konflikt nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit. Wir brauchen eine Stärkung der OSZE.

Wir begrüßen den Vorschlag des ukrainischen Präsidenten, über eine Neutralität seines Landes zu verhandeln.

Wir wenden uns entschieden gegen die weitere Aufrüstungspolitik der Bundesregierung u. a. durch die Erhöhung des Militäretats aber auch durch die weitere EU-Militarisierung.

### **Lasst uns gegen den Krieg, für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit auf die Straße gehen.**

Krieg löst kein Problem

Deshalb fordern wir:

- Umgehend Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine
- Sofortiger Stopp aller Kriegshandlungen
- keinerlei Waffenlieferungen
- keine weitere Aufrüstungsrunde
- Stopp der NATO-Osterweiterung
- Solidarität mit der Friedensbewegung in Russland und der Ukraine
- Solidarität mit allen Geflüchteten
- Deshalb ruft die Aktionskonferenz dazu auf:
- Bundesweite Aktions- und Protesttage am Wochenende von 4. bis 6. März
- Ostermärsche zum Signal für Abrüstung und gemeinsame Sicherheit machen
- Vorbereitung einer bundesweiten Aktion gegen Aufrüstung und Militarismus
- Verhandlungen zur Lösung der Konflikte in der Ukraine

Frankfurt am Main, 27.2.2022

initiative »Die Waffen nieder – Nein zum Krieg«

Hugo Braun (Attac), Reiner Braun (International Peace Bureau), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung), Ralf Krämer (Sozialistische Linke in der Partei Die Linke), Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Christof Ostheimer (Bundesausschuss Friedensratschlag), Peter Wahl (Attac).

<https://nie-wieder-krieg.org/>

## Rede auf der »Kundgebung für den Frieden«, 27. Februar in Berlin

Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde

Noch immer gilt, was uns Theodor Adorno gelehrt hat: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen«. Das gilt auch für den brutalen und völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine. Krieg ist immer falsch.

Wir NaturFreunde sind seit vielen Jahrzehnten ein Teil der Friedensbewegung. Das gehört zu unserer Geschichte. Zu unseren Mitgliedern zählte Georg Elser, der 1939 in München das erste Attentat auf Adolf Hitler verübt hat. Er wollte den Krieg stoppen. Zu unseren Mitgliedern gehörte auch Willy Brandt, der für seine Ost- und Entspannungspolitik den Friedensnobelpreis bekommen hat. Daran knüpfen wir an. Abrüsten und Entspannung waren auch unsere Leitbilder in den letzten Jahrzehnten. Doch die Friedens- und Entspannungspolitik hat keine Rolle gespielt. Unsere Warnungen wurden nicht gehört.

Wir fordern: Herr Putin, ziehen Sie Ihre Truppen sofort aus der Ukraine zurück. Was Sie als »eine russische Spezialoperation« zur »Entmilitarisierung« und »Entnazifizierung« zu rechtfertigen suchen, ist ein mörderischer Angriffskrieg gegen die Ukraine. Doch Krieg ist nicht zu akzeptieren. Krieg ist nicht zu rechtfertigen. Sie behaupten, dass »die wahre Macht in der Gerechtigkeit und Wahrheit liegt, die auf russischer Seite sind«. Nein, Krieg kann niemals Gerechtigkeit und Wahrheit sein. Der Einmarsch in die Ukraine muss beendet werden. Herr Putin, treten Sie die Zündschnur aus! Sofort! Europa darf nicht zu einem atomaren Schlachtfeld werden. Der Krieg ist nicht zu akzeptieren.

Wir wissen, dass auch die Ukraine Fehler gemacht hat, vor allem die Blockaden bei der

Umsetzung des Minsker Vertrages. Wir wissen auch, dass der Westen wenig – viel zu wenig – getan hat, um zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu kommen. Alles das rechtfertigt keinen Krieg.

Unsere Sorge gilt dem ukrainischen Volk, das immer wieder Opfer von Aggression, Krieg und Unterdrückung war. Im Zweiten Weltkrieg durch die Nazis. In den 1930er-Jahren auch durch Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, durch die mindestens 3,5 Millionen Menschen verhungert sind. Die Ukraine hat immer wieder gewaltige Opfer gebracht.

Unsere Hoffnung richtet sich aber auch auf das russische Volk, das den Überfall auf sein Brudervolk nicht akzeptieren will.

Wir stellen auch fest: Putin, das ist nicht mehr der Putin, der vor 20 Jahren vor dem Deutschen Bundestag einen »europäischen Humanismus« beschworen hat. Damals kündigte Putin an, dass das Hauptziel russischer Politik die Gewährleistung der demokratischen Rechte und der Freiheit sei. Warum vertreten Sie heute das Gegenteil? Was treibt Sie in den Größenwahn?

Damals haben Sie gesagt: Der Kalte Krieg sei vorbei, wir müssten jetzt das gemeinsame Haus Europas bauen. Das unterstützen wir. Das braucht die Welt heute mehr denn je.

Aber wir müssen feststellen: Die großen Chancen, die sich 1990 mit der »Charta von Paris für ein neues Europa« für eine friedliche Ordnung in Europa eröffnet haben, wurden leichtfertig verspielt.

Wir kritisieren, dass die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen faktisch zum Erliegen gekommen sind. Wir kritisieren, dass der INF-Vertrag, in dem eine Abrüstung der Mittelstreckenraketen für taktische Atomwaffen vereinbart wurde, aufgekündigt werden konnte, ohne dass es einen massiven Widerstand Westeuropas gab.

Wir kritisieren auch die Doppelmoral der USA, die von Deutschland ein Ende von Nord Stream 2 verlangen, aber selbst verschweigen, dass sie unverändert ihre Ölimporte aus

Russland fortsetzen. Und die jetzt ihr umweltschädliches Fracking-Gas an Deutschland verkaufen wollen, das nicht nur Kohlendioxid, sondern auch das Treibhausgas Methan emittiert. Das ist kein sauberes Verhalten.

Ja, auch auf westlicher Seite gab es Versäumnisse und Fehler. Und wir haben zu wenig die Interessen Russlands beachtet. Doch alles das ist keine Rechtfertigung für Krieg. Herr Putin, Sie führen Russland in die Vergangenheit zurück.

Wir treten ein für Abrüsten statt Aufrüsten. Wir kämpfen gegen den neuen Nationalismus, der auch Europa erfasst hat. Wir kämpfen gegen die Militarisierung der Welt.

Was ist das für ein böser Irrsinn, dass die Rüstungsausgaben heute höher liegen als 1989, dem historischen Jahr mit dem Ende der Ost-West-Spaltung. Auf nur zehn Länder der Welt entfallen knapp 75 Prozent der Rüstungsausgaben. Wie verrückt ist das? Deutschland liegt hierbei auf Platz sieben und hatte in den letzten zwei Jahren den höchsten Zuwachs bei den Militärausgaben der ersten 15 Länder.

Wir fordern den Stopp der Aufrüstung und Militarisierung der Welt. Vor 40 Jahren hat Olof Palme die Alternative aufgezeigt: die Idee der Gemeinsamen Sicherheit. Sein Kernsatz lautet: Krieg ist im Atomzeitalter das Ende aller Dinge. Deshalb: »Sicherheit kann nicht vor dem Gegner, sondern nur gemeinsam mit ihm erreicht werden.« An die Stelle von Abschreckung und Aufrüstung muss eine »Gemeinsame Sicherheit treten«. Das ist eine Überlebensfrage für die Menschheit.

In den 1980er-Jahren gab es drei große UN-Reports, die heute wichtiger sind, denn je: Gemeinsames Überleben für eine Weltinnenpolitik, Gemeinsame Zukunft für eine nachhaltige Entwicklung und Gemeinsame Sicherheit für Frieden und Zusammenarbeit. Die drei Berichte sind heute wichtiger denn je. Für eine friedliche Welt müssen wir sie als Einheit verstehen.

Diese Grundideen brauchen wir in der zusammengewachsenen Welt auch, um die globa-

len Herausforderungen zu bewältigen, die Klimakrise oder die soziale Spaltung der Welt. Die Antwort darauf kann nicht die Militarisierung der Welt sein. Im Gegenteil: Die Welt muss zu einem globalen Friedensprojekt werden.

Russland gehört zu Europa. Deshalb brauchen wir eine gesamteuropäische Perspektive und dürfen Europa nicht auf die EU reduzieren, schon gar nicht auf die NATO. Wir streiten für eine friedliche Welt, nicht für eine Welt der Waffen und Aufrüstung, sondern für eine Welt der Abrüstung und gemeinsamen Sicherheit.

Herr Putin, stoppen Sie den Krieg! Kehren Sie zurück zur Diplomatie!

## Offener Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation

Wir, die russischen Ärzte, Krankenschwestern, medizinischen Assistenten und Sanitäter, wenden uns entschieden gegen die Militäraktionen der russischen Streitkräfte auf dem Gebiet der Ukraine.

Wir sind nicht auf der Suche nach Schuldigen und verurteilen niemanden. Unsere Berufung ist es, menschliches Leben zu erhalten. Daher kann man sich kaum einen menschlicheren Beruf vorstellen als den des Arztes. Und in dieser für beide Länder schwierigen Zeit rufen wir zu einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zur Lösung aller politischen Fragen mit ausschließlich friedlichen Mitteln auf.

Wie zu allen Zeiten unterscheiden wir nicht zwischen den Unsrigen und den Anderen. Wir haben einen Eid geschworen, allen Menschen zu helfen, unabhängig von ihrer Nationalität, Religion oder politischen Einstellung. Aber jetzt reicht unsere Hilfe nicht mehr aus. Die Kämpfe werden so viele Menschenleben fordern, so viele Menschenleben verkrüppeln,

dass wir nicht in der Lage sein werden, mit all unseren Bemühungen zu helfen. Schmerzensschreie, Schreie nach Müttern, alle sprechen die gleiche Sprache.

Jede Granate oder Kugel, selbst wenn sie ihr Ziel nicht erreicht und jemanden tötet, bringt Angst, Panik und Schmerz mit sich. Schmerzen, die das Herz zum Klopfen bringen. Die Herzen der Zivilbevölkerung schmerzen in diesem Moment. Soldaten. Mütter und Ehefrauen von Soldaten. Kinder. Niemand hat diese Angst verdient. Niemand verdient es, getötet oder verstümmelt zu werden. Versehentlich oder absichtlich.

Unsere Familie, Freunde, Patienten und Kollegen befinden sich im Sondereinsatzgebiet. Es gibt keine einzige Person unter ihnen, die von dem Blutvergießen, das stattfindet, profitieren würde. Wir können dem Schmerz und dem Leid, das sich von Minute zu Minute vervielfacht, nicht fernbleiben.

Ein Menschenleben ist unbezahlbar. Ein Augenblick genügt, um einen Menschen zu töten, während die Behandlung und Genesung der Verletzten Jahre dauern kann. Und wir werden für die Momente des heutigen Kampfes noch jahrelang bezahlen.

Der Einsatz von tödlichen Waffen kann noch so gut begründet werden, sie bleiben tödlich. Tödlich und Schmerzen und Leiden verursachend.

Daher fordern wir im Einklang mit unserem Eid und unter Wahrung einer humanen und gerechten Haltung gegenüber allem Leben die sofortige Einstellung aller Operationen, bei denen tödliche Waffen eingesetzt werden.

(Namentlich unterschrieben von Beschäftigten des russischen Gesundheitswesens.)

## Schwarze Allianz für den Frieden

### Zur Situation in der Ukraine

Die Schwarze Allianz für den Frieden (Black Alliance for Peace, BAP) erklärt mit Nachdruck, dass der Konflikt in der Ukraine aus dem unaufhörlichen und zielstrebigem Streben der USA, der NATO und der Europäischen Union nach globaler wirtschaftlicher und politischer Dominanz resultiert. Wie BAP zuvor feststellte, liegt der Ursprung der aktuellen Krise in dem von den USA unterstützten Staatsstreich gegen die demokratisch gewählte ukrainische Regierung im Jahr 2014 – und in der Entschlossenheit der »Achse der Vorherrschaft« USA/EU/NATO, die Ukraine in ein hochmilitarisiertes NATO-Mitglied zu verwandeln, das an der Grenze zur Russischen Föderation lauert. Die NATO-Erweiterung ist für Russland ein seit 1999 bekanntes Sicherheitsproblem, als Bill Clinton den offiziellen Prozess der Erweiterung der NATO-Mitgliedschaft um ehemalige Staaten des Warschauer Paktes einleitete. Heute, da der Konflikt eskaliert, ist die NATO-Erweiterung zu einer existenziellen Bedrohung für die afrikanische Bevölkerung und alle unterdrückten und kolonisierten Völker der Welt geworden. Um Frieden in der Region und in der Welt zu schaffen, muss die Expansion dieser »Achse der Vorherrschaft« gestoppt und die NATO aufgelöst werden.

Für das BAP ist Frieden nicht allein die Abwesenheit von Konflikten. Frieden bedeutet, durch Volkskämpfe und Selbstverteidigung eine Welt zu erreichen, die von Militarismus und der Verbreitung von Atomwaffen, Imperialismus und ungerechtem Krieg, Patriarchat und weißer Vorherrschaft befreit ist. Das Wieder-aufleben und die Verherrlichung des Nationalsozialismus in der Ukraine, aber auch in den Vereinigten Staaten, Kanada und anderswo, stellt in der Tat eine globale Konsolidierung

der weißen Vorherrschaft als Teil des imperialistischen Projekts dar. Diese Konsolidierung zeigt sich auch in Beschwörungen und Appellen an weiße, »zivilisierte« Nationen und Völker und in der Verankerung einer unverhohlenen rassistischen paneuropäischen Welt. Frieden bedeutet auch, einen militärisch-industriellen Komplex abzubauen, der eindeutig von endlosen Kriegen und Interventionen profitiert, und die aufgeblähten »Verteidigungs«-Budgets in Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung, Wohnungsbau und den Kampf gegen die globale Erwärmung zu reinvestieren. Wir müssen die NATO aus denselben Gründen auflösen, aus denen wir die Polizei abschaffen müssen: Beide dienen den Interessen des Kapitals und des Imperiums auf Kosten der globalen Arbeiterklassen.

Die Schwarze Allianz für den Frieden ist sich des Verlustes von Menschenleben in der Ukraine, aber auch in Somalia, im Jemen und in allen anderen Ländern, die unter den NATO-Herrschaftskriegen leiden, bewusst. Wir bieten unsere unerschütterliche Solidarität mit den Menschen in diesen Ländern an. Wie Rafiki Morris, Mitglied des BAP-Koordinierungsausschusses, argumentiert:

»Unsere Sorge um das ukrainische Volk muss zu unserer übergreifenden Sorge um die Menschen im Irak, in Afghanistan, Syrien, im Jemen, in Libyen, bei den Putschen in Ägypten, Honduras, der Ukraine, Bolivien und Brasilien, bei der Subversion in Venezuela, Nicaragua und Kuba und bei den Putschen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent mit den von AFRICOM ausgebildeten Soldaten hinzukommen.«

Wir stellen auch fest, dass die USA die militärischen Aktionen der Russischen Föderation in der Ukraine verurteilten, während ihre bewaffneten Drohnen Somalia bombardierten. Während schwarze Einwanderer aus Afrika und der Karibik in der Ukraine im Stich gelassen und misshandelt wurden, schickte der 200. Abschiebeflug der Regierung Biden 129 Haitianer nach Port-au-Prince, zusätzlich zu

den 21.000, die in einem Jahr bereits abgeschoben wurden.

Um die Interessen des russischen und ukrainischen Volkes zu wahren, müssen Verhandlungen zwischen der Russischen Föderation, den Vertretern der Völker des Donbass und den USA in gutem Glauben geführt werden. Die EU und die USA müssen ihre kontinuierlichen Waffenlieferungen und andere »todbringende Hilfe« an die Ukraine einstellen. Die Ukraine und Russland müssen ernsthafte Gespräche mit den Völkern des Donbass aufnehmen, um festzustellen, ob das Minsker Abkommen, das 2015 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angenommen wurde, noch gilt. Und die NATO muss aufgelöst werden.

Eine Wolke der Verwirrung hat sich über viele Menschen gelegt, da die wilden Rufe nach einem Krieg mit Russland lauter werden und die propagandistischen Appelle an Patriotismus, Rassennationalismus und die Verteidigung der »weißen Zivilisation« zunehmen. Für BAP gibt es keine Verwirrung. Der Konflikt in der Ukraine hat nur die Heuchelei und die Widersprüche des Imperialismus, des Krieges und des Militarismus aufgedeckt – und die Forderung nach Frieden bedeutet, gegen den US-Imperialismus und die Herrschaftsachse USA/EU/NATO zu kämpfen.

Zu diesem strategischen Schwerpunkt betont BAP noch einmal, dass es hier keine Kompromisse und keinen Rückzug geben wird!

Aus: Peace & Planet News  
<https://peaceandplanetnews.org>

## Schweizer Friedensbewegung

Die Schweizerische Friedensbewegung ist zutiefst besorgt über die aktuelle Eskalation des Konflikts in der Ukraine und die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Wir rufen alle Sei-

ten zur Besonnenheit und zur Deeskalation der brandgefährlichen Situation auf.

**Die Angriffe in der Ukraine müssen unverzüglich beendet werden.**

Die von Russland begonnene militärische Offensive in der Ukraine ist völkerrechtlich durch nichts zu rechtfertigen. Die Anerkennung von Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten durch Russland ist ein Bruch des Minsk-II-Abkommens, welches der UN-Sicherheitsrat für völkerrechtlich verbindlich erklärt hat. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass eine Lösung des Konflikts nur durch direkte Verhandlungen und der Rückkehr zu Minsk II erreicht werden kann.

Das Vorgehen Russlands ist die Reaktion darauf, dass die Ukraine die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen mit Duldung der westlichen Garantiemächte seit acht Jahren blockiert hat. So weigerte sich die Ukraine bis heute, auch nur direkte Gespräche mit den Vertretern von Donezk und Lugansk zu führen. Für die Menschen in der Ostukraine, die während dieser Zeit andauernden Bombardierungen ausgesetzt waren, verhinderte dies jede Verbesserung ihrer unerträglichen Situation.

Das Vorgehen Russlands ist auch die Reaktion darauf, dass die USA und die NATO nicht bereit waren, ernsthaft auf Verhandlungen über seine legitimen Sicherheitsinteressen einzugehen, die Moskau im Dezember vorschlug. Es ist die Folge des Bruchs von Zusagen der NATO, sich nicht nach Osten auszudehnen und der Missachtung des Prinzips, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes gehen darf. Mit der ebenfalls völkerrechtswidrigen militärischen Durchsetzung der Abspaltung des Kosovo von Serbien und dessen Anerkennung schuf die NATO einen folgenschweren Präzedenzfall. Russland hat nun seinerseits zu solchen Methoden gegriffen, und ist dabei, militärisch vollendete Tatsachen zu schaffen.

**Nein zu Sanktionen.** Sanktionen und militärische Drohkulissen führen nur näher an den

Abgrund. Sie sind schon seit Jahren Teil einer friedensgefährdenden Konfrontationspolitik und eines Wirtschaftskriegs gegen Russland. Sie haben keineswegs die beabsichtigte Wirkung erzielt, sondern das Gegenteil ...

**Ja zu Verhandlungen** zwischen allen europäischen Ländern über die Bedingungen für Frieden und gegenseitige Sicherheit in Europa im Geiste der Schlussakte von Helsinki. Für ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit, für ein System der gegenseitigen Sicherheit in Europa ohne Militärbündnisse.

Nein zum Krieg! Ja zu Verhandlungen!  
(www.friedensbewegung.ch)

## Krieg sofort stoppen – Friedensprozess für »ein gemeinsames Haus Europa« starten!

Vorstand der *Solidarwerkstatt Österreich*,  
24. Februar 2022

1. Der Einmarsch russischer Truppen in die Volksrepubliken Luhansk und Donezk bzw. nun der Angriff auf die Ukraine sind ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Wir halten das für brandgefährlich. **Wir rufen die politische Führung der Russischen Föderation auf, den Angriff sofort zu stoppen, die Truppen wieder zurückzuziehen, zu deeskalieren und wieder den Dialog zu suchen. Das Völkerrecht und das Gewaltverbot der Vereinten Nationen müssen respektiert werden.**
2. **Die Reaktion der westlichen Großmächte ist voller Heuchelei und doppelter Standards, wenn sie jetzt den Bruch des Völkerrechts durch Russland beklagen.** USA und EU haben in den letzten Jahrzehnten



das Völkerrecht oft mit Füßen getreten, und aus geopolitischen und geoökonomischen Gründen mörderische Kriege vom Zaun gebrochen (z. B. Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen). Mit Hilfe von gewaltbereiten Jihadisten wurde in Syrien eine Regimechange versucht, in der Ukraine ist er 2014 unter Zuhilfenahme eines rechtsextremen Mobs gelungen. Sie überschütten Staaten mit Waffen, die völkerrechtswidrige Kriege führen (z. B. Saudia-Arabien) bzw. fremde Territorien völkerrechtswidrig besetzen (z. B. Israel). Die Kriege der westlichen Großmächte haben in den letzten Jahrzehnten eine beispiellose Blutspur mit Millionen von Toten hinterlassen und Länder nachhaltig devastiert.

### 3. Auch wenn wir das derzeitige Vorgehen Russlands kritisieren und eine Umkehr fordern, so darf im Konflikt um die Ukraine das Gesamtbild nicht aus dem Auge verloren werden.

– **Nicht Russland breitet sich Richtung Westen aus, sondern NATO und EU Richtung Osten.** In mittlerweile fünf Erweiterungswellen drängt das westliche Militärbündnis immer weiter zur russischen Grenze vor. Die westlichen Großmächte haben in den letzten beiden Jahrzehnten die Versprechungen gegenüber der damaligen Sowjetunion bei der deutschen Wiedervereinigung, »keinen Schritt über

die Elbe« zu gehen, skrupellos gebrochen und russischen Sicherheitsinteressen ignoriert.<sup>1</sup> Wen wundert es, dass die russische Führung das Vertrauen in westliche Versprechungen verloren hat.

- Die Ukraine hat sich 1991 unabhängig erklärt. Bis 2014 ist es ihr einigermaßen gelungen, zwischen West und Ost zu balancieren. Diese sog. »multivекtorielle Politik« wurde **2014 durch den von USA und EU angeheizten Staatsstreich** in Kiew zerstört. Mit Hilfe von **nationalistischen und neonazistischen Gruppierungen** wurde die damalige Regierung Janukowitsch gestürzt, um das **EU-Ukraine-Assoziationsabkommen** durchzuboxen. Dieses Abkommen öffnet die Ukraine für neoliberalen Freihandel und den Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne. Darüber hinaus bindet es die Ukraine auch militärisch an die EU an.
- **Dieser prowestliche Staatsstreich hat die Ukraine politisch gespalten, sie wirtschaftlich schwer geschädigt und letztlich auch den blutigen Bürgerkrieg im Osten des Landes nach sich gezogen.** Vergessen wir nicht: Den Abspaltungen der Volksrepubliken gingen brutale Übergriffe rechtsextremer Rollkommandos gegen Menschen voraus, die der Putschregierung in Kiew kritisch

1 Kommentare in westlichen Medien, es habe nie ein derartiges Versprechen des Westens gegeben, sind falsch. Das belegen Dokumente, die der US-amerikanische Politikwissenschaftler Joshua Shiffrin in einem ehemals als geheim eingestufte Dokument im britischen Nationalarchiv gefunden hat. Es handelt von einem Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991. Thema war die Sicherheit Polens und anderer osteuropäischer Staaten. Ein Politischer Direktor leitet die Politische Abteilung im Außenministerium und gilt als engster Berater des Außenministers. Bonns Vertreter Jürgen Chrobog erklärte damals laut Vermerk: *»Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.«* Auch Briten, Franzosen und Amerikaner lehnten eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer ab. US-Vertreter Raymond Seitz sagte: *»Wir haben gegenüber der Sowjetunion klargemacht – bei Zwei-plus-Vier- wie auch anderen Gesprächen –, dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden.«* (zit. nach »Die Welt«, 18.2.2022), <https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/Nato-Osterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html>)

gegenüberstanden. So wurde im Jahr 2014 Dutzende DemonstrantInnen in Odessa bei lebendigem Leib von einem neonazistischen Mob verbrannt – unter dem Schutzmantel offizieller Stellen. Das **Minsker Abkommen**, das dem Bürgerkrieg ein Ende setzen und die Einheit des Landes bewahren sollte, scheiterte nicht zuletzt an der Weigerung der ukrainischen Führung, zentrale Punkte des Abkommens umzusetzen, z. B. die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die diesen Republiken einen autonomen Status im Rahmen der Ukraine sichert.

- Seit 2014 bildet die EU im Rahmen der »Polizeimission EUBAM« Streitkräfte des ukrainischen Innenministeriums aus. **Indirekt hat die EU damit auch in den Bürgerkrieg eingegriffen**, denn dem Innenministerium untersteht unter anderem die Nationalgarde, die Angriffe auf die Aufständischen im Osten des Landes durchführt. Zahlreiche dieser Einheiten sind rechtsextrem, wie z. B. das Asow-Bataillon, dessen Kommandant Andrij Biletzki den Kampf gegen die Aufständischen im Osten als »*Kreuzzug für die weiße Rasse ... gegen die von Semiten geführten Untermenschen*« sieht (3). Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat vor Kurzem angekündigt, in Zukunft die Ausbildung ukrainischer Militärs direkt aus der neue EU-Kriegskasse (»EU-Friedensfazilität«) zu finanzieren.
- Westliche Mächte beliefern die Ukraine massiv mit Waffen. Die ukrainischen Militärausgaben haben sich seit 2014 vervielfacht. Immer wieder finden gemeinsame Militärmanöver von NATO- und ukrainischen Streitkräften vor der Haustüre Russlands statt. Die NATO hat 2018 der Ukraine den Status einen Beitrittskandidaten verliehen. Im Februar 2019 schrieb die Ukraine das

**Ziel des NATO-Beitritts in die Verfassung.** Das stellt eine dramatische Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen dar: Denn in der Ukraine stationierte NATO-(Atom-)Raketen könnten strategische Ziele in Russland wie z. B. Moskau innerhalb von wenigen Minuten erreichen. Bereits 2015 provozierte das ukrainische Parlament Russland durch einen Beschluss, die Stationierung von westlichen Atomwaffen auf ihrem Territorium zuzulassen.

- Bei der Frage, wer bedroht wen, müssen auch die **militärischen Kräfteverhältnisse** in Erinnerung gerufen werden. Die NATO-Staaten geben derzeit rd. 16-Mal so viel für Militär und Rüstung aus wie Russland. Auch die Entwicklung in den letzten Jahren ist frappant: Zwischen 2014 und 2020 sind die Militärausgaben in der EU real um 16,6 % und in den USA um 14,9 % gestiegen, in Russland dagegen um 16,5 % gesunken.
- 4. Die US-Administrationen der letzten Jahrzehnte haben die Politik der NATO-Osterweiterung massiv vorangetrieben. Trotzdem greift das von einigen Seiten derzeit aufgewärmte Bild, die »guten« Europäern seien von den »bösen« Amis in die Konfrontation mit Russland getrieben worden, nicht nur zu kurz. Es ist schlichtweg falsch. Auslöser für den prowestlichen Staatsstreich war das **neoliberale Assoziationsabkommen der Europäischen Union mit der Ukraine**. Nicht nur US-amerikanische, auch die EU, insbesondere die deutsche Politik kollaborierte beim Staatsstreich in Kiew mit rechtsextremen Kräften, um das Land an den Westen anzubinden. Gerade die derzeitige Eskalation hilft den EU-Machteliten, in Bälde zu einem weiteren Sprung der Militarisierung anzusetzen: Beim EU-Gipfel im März 2022 soll der sog. »**strategische Kompass**« beschlossen werden. Ziel ist – so ist bisher durchgesickert – der »**beispiellose Anstieg der militärischen**«

**Kapazitäten der EU**<sup>(3)</sup>, als erster Schritt die Einrichtung einer stehenden EU-Eingreiftruppe mit globalem Einsatzradius bis 2025. Wie kann man milliardenschwere Aufrüstungsprogramme und neue Kriegstruppen den Menschen erklären, deren Sorgen viel eher zukunftssichere Arbeitsplätze, soziale Absicherung und Klimaschutz sind? Eine Eskalation des Konflikts in der Ukraine und die Beschwörung des neuen, alten Feindbilds Russland helfen Brüssel, Berlin und Paris, diese Militarisierung vor den Bevölkerungen zu rechtfertigen.

**5. Aufgrund dieser Gegebenheiten und Überlegungen kommt die Solidarwerkstatt Österreich zu folgenden Schlussfolgerungen:**

- **Raus aus der Eskalationsspirale!** Wir fordern alle Seiten auf, auf die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt zu verzichten und Schritte zur Entspannung und Abrüstung einzuleiten. Der Stopp des russischen Angriffs und der Rückzug der Truppen gehört genauso dazu wie der Stopp der Aufrüstung und militärischen Unterstützung der Ukraine durch westliche Großmächte. Das Völkerrecht und insbesondere das Gewaltverbot der Vereinten Nationen müssen respektiert werden.
- **Wir brauchen eine neue, starke österreichische Friedensbewegung. Es gilt, die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung wieder auf die Fundamente aktiver Neutralitätspolitik zu verpflichten.** Die Haltung der Bundesregierung, dass die Beteiligung an Sanktionen, an militärischen Abenteuern, mit der Neutralität vereinbar seien, sofern sie von der EU legitimiert sind, hat uns auf eine schiefe Ebene geführt. Neutralität wurde so zu einem Feiertagsbekenntnis, das sie

für ernsthafte Friedenspolitik völlig unglaubwürdig werden lässt. Österreich muss die Beistandsverpflichtung im EU-Vertrag widerrufen und sich aus der verteidigungspolitischen und rüstungstechnologischen Kooperation in der EU zurückziehen (EU-Battlegroups, EU-SSZ, EU-Verteidigungsagentur usw.). Österreich muss sich dem Sanktionsregime der EU widersetzen.

- **Wir fordern von der österreichischen Bundesregierung, einen neuen Friedensprozess für ein Gemeinsames Haus Europa unter Einbeziehung der USA und Russlands anzustoßen.**

Die Konferenz sollte von der Haltung getragen werden, dass Sicherheit ein gemeinsames Gut ist, und nicht auf Kosten anderer hergestellt werden kann. Bei dieser Konferenz sollten alle regionalen Konflikte, die mit der Entwicklung seit den 1990er Jahren entstanden sind, auf den Tisch gelegt werden. Abrüstung und Entspannung müssen eine der zentralen Agenden einer derartigen Konferenz sein. Es geht darum, die Reset-Taste zu drücken. Es gilt dort anzuknüpfen, was in den 1980er Jahren Michail Gorbatschow mit der Formel vom »Gemeinsamen Haus Europa« charakterisiert hat.

Krieg sofort stoppen – Friedensprozess für »ein gemeinsames Haus Europa« starten!  
(<http://solidarwerkstatt.at>)

2 El Pais, Bernardo de Miguel, »Die EU plant, im 2023 die ersten Militärübungen ihrer Geschichte durchzuführen«, 14.11.2021

# DGB-Bundesvorstand

Resolution, 25. Februar 2022

**Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen auf das Schärfste den Einmarsch Russlands in die Ukraine und seine dortigen Raketenangriffe. Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen wir an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Den Menschen dort gilt unsere ganze Solidarität. Deeskalation ist das Gebot der Stunde! Es braucht eine Politik der gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!**

Wir erleben eine der dunkelsten Stunden seit Ende des Zweiten Weltkriegs. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht erneut Krieg. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen auf das Schärfste den Einmarsch Russlands in die Ukraine und seine dortigen Raketenangriffe. Ob in der Ukraine oder in Russland – es sind vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien, die unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden haben. Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen wir an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Den Menschen dort gilt unsere ganze Solidarität. Ihnen droht durch den brutalen Völkerrechtsbruch des russischen Staatspräsidenten unendliches Leid. Russland provoziert mit der Eröffnung dieses Angriffskrieges sehenden Auges eine weitere Eskalation militärischer Gewalt, die jederzeit völlig außer Kontrolle geraten kann. Europa und die internationale Friedensordnung stehen am Rande eines Abgrunds.

– Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die russische Regierung auf, unverzüglich alle Angriffe einzustellen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und deren territoriale Integrität wieder herzustellen.

- Wir rufen die Europäische Union und all ihre Mitgliedstaaten dazu auf, sich solidarisch an die Seite der Menschen in der Ukraine zu stellen und ihnen alle humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, die sie benötigen.
- Wir mahnen die Allianzpartner der NATO, die Europäische Union und die Ukraine zur Besonnenheit. Eine Politik der Konfrontation, die der russischen Aggression militärische Drohgebärden entgegengesetzt, heizt die Gefahr an, dass sich der bewaffnete Konflikt zu einem Flächenbrand entwickelt.

Jetzt geht es darum, alle Gesprächsmöglichkeiten zu nutzen und offen zu halten, um eine friedliche Konfliktbeilegung zu ermöglichen. Die russische Föderation muss dazu gebracht werden, an den Verhandlungstisch zurückzukehren – auch wenn dafür scharfe wirtschaftliche Sanktionen erforderlich sind. Waffenlieferungen in die Konfliktregion lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften hingegen strikt ab.

Deeskalation ist das Gebot der Stunde! Alle Beteiligten, allen voran Russland, müssen die glaubwürdige Bereitschaft zeigen, zu einer Politik des Dialogs zurückzufinden! Noch ist es nicht zu spät für eine kluge Entspannungspolitik, die den Sicherheitsinteressen aller Parteien Rechnung trägt und die Perspektive auf eine dauerhaft stabile gesamteuropäische Architektur für Frieden und Sicherheit eröffnet. Der deutschen Bundesregierung und der gesamten Europäischen Union kommt dabei eine zentrale Vermittlungsrolle zu.

Vor vierzig Jahren, mitten im Kalten Krieg, wurde der sogenannte »Palme-Bericht« veröffentlicht. Er zielte darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen. In dem Bericht wurde dieses Anliegen knapp und bündig auf den Punkt gebracht: »Der Frieden in der Welt muss sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch gegenseitige Auslöschung gründen.«

Diese Kernbotschaft hat nichts an Relevanz verloren – im Gegenteil. Angesichts der drohenden Ausweitung des bewaffneten Konflikts in der Ukraine sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, sich zu besinnen: Niemand ist wirklich sicher, bevor es nicht alle sind. Militärische Machtdemonstrationen und die gegenseitige Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend. Was wir brauchen ist ein neues Verständnis von Sicherheit. Wir können die globalen Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es eine Politik der gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!

## Krieg selbst ist das Verbrechen

Vijay Prashad, Rede vor dem Belmarsh-Tribunal, New York City, 26. Februar 2022

Wir sollten hier nicht über Kriegsverbrechen sprechen – Krieg selbst ist ein Verbrechen. Und das größte Verbrechen ist der Krieg gegen die Armen. 2,7 Milliarden Menschen haben heute nichts zu essen, das aber bleibt unsichtbar. Wo bleibt die Empörung in der Welt, wenn Kinder um ihr Essen kämpfen? 97 Prozent der Bevölkerung Afghanistans leben in Armut, und es gibt keine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates dazu. Die Kinder, die in Afghanistan sterben werden, sind irrelevant.

Heute sprachen der deutsche Bundeskanzler, der Präsident der Ukraine und andere darüber, wie furchtbar es ist, dass in Europa Krieg ausgebrochen ist. Als ob der Krieg, weil er in Europa stattfindet, wichtiger wäre als der Krieg in Syrien oder der Krieg gegen die Palästinenser oder der Krieg im Jemen. Weil dies jedoch in Europa geschieht, kommt der alte Rassismus

wieder zum Vorschein: Diese Leichen sind irgendetwas wichtiger als die Leichen der Kinder, die auf der ganzen Welt sterben, weil sie nichts zu essen haben, oder die Leichen der Jemeniten, die nicht nur von den Saudis, sondern auch von den britischen und US-amerikanischen Waffenherstellern BAE Systems, Lockheed und anderen bombardiert werden.

Krieg ist ein Verbrechen. Rosa Luxemburg hat es schön formuliert. Sie sagte, in Friedenszeiten schließen sich die Arbeiter der Welt zusammen, in Kriegszeiten schlitzten sich die Arbeiter der einzelnen Länder gegenseitig die Kehle auf. Krieg ist nie gut für die Armen. Krieg ist niemals gut für die Arbeiter.

Der Krieg selbst ist ein Verbrechen. Krieg erzeugt Verbrechen. Wir wissen, dass was Afghanistan angetan wurde, eine Ungeheuerlichkeit war. Es gab keinen guten Krieg in Afghanistan oder schlechten Krieg in Irak. Der Afghanistan-Krieg war ein grauenhafter Krieg. Die Vereinigten Staaten hatten reichlich Gelegenheit, mit den Taliban zu verhandeln, um Bin Laden und andere zu fassen und eine vernünftige gerichtliche Untersuchung der Geschehnisse einzuleiten. Es war ihnen einfach der Mühe nicht wert. Sie begannen sofort mit der Bombardierung, weil ihnen das afghanische Volk völlig egal ist. Das afghanische Volk ist ihnen gleichgültig, ebenso wie die Menschen, die sie nach Guantanamo brachten, wie Mohamedou ganz richtig feststellte. Sie schwingen scheinheilige Reden darüber, was anderswo passiert, in China und so weiter, aber diese Prinzipien treffen nie auf sie selbst zu.

Ja, Guantanamo, 20 Jahre. Und was ist mit Abu Ghraib? Haben wir das so schnell vergessen? Was ist mit all den anderen schwarzen Anlagen, unter anderem in einigen osteuropäischen Ländern, die jetzt von Menschenrechten schwärmen? Fragen wir die polnische Regierung: Wie viele schwarze Anlagen gab es dort? Wie viele CIA-Flugzeuge flogen über Irland nach Osteuropa und lieferten Menschen der Folter aus? Wo sind sie? Wo sind ihre Ge-

schichten? Sie existieren in unserer heutigen Vorstellung ganz einfach nicht.

Krieg produziert Verbrechen. Er ist nicht nur selbst ein Verbrechen, er produziert auch Verbrechen. Krieg produziert auch Lügen und Ablehnungen. Die Regierung der Vereinigten Staaten log vom ersten Tag an über alles, was sie in Afghanistan und später im Irak anrichtete. Sie log darüber, was sie tat, sie log darüber, was 2007 in der Stadt Bagdad geschah, als Saeed Chmagh und Namir Noor-Eldeen von den Apache-Hubschraubern getötet wurden. Sie log, als sie direkt befragt wurde. David Finkel von der Washington Post schrieb in seinem Buch, dass eine Videoaufzeichnung von diesem Attentat existiert. Die US-Regierung log und behauptete, es gebe kein Video. Es ist Chelsea Manning zu verdanken, der Tapferkeit von Chelsea Manning, der Ehre von Chelsea Manning, dass Chelsea Manning das Video vom Außenministerium herunterlud und dieses Beweismaterial der Organisation WikiLeaks übergab. Es ist Julian Assange und der WikiLeaks-Organisation zu verdanken, dass wir als Journalisten darüber schreiben konnten, dass wir das Kollateral-mord-Video über die kaltblütige Ermordung von Saeed Chmagh und Namir Noor-Eldeen und anderen in New Bagdad im Jahr 2007 sehen konnten. Ihnen ist es zu verdanken, dass wir endlich unseren Redakteuren sagen konnten, dass wir genau das vor Ort beobachten. Jahrelang sagten die Redakteure, dass man diese Dinge nicht verifizieren kann. Jetzt konnten wir es, und dank der Depeschen des Außenministeriums konnten wir sogar noch mehr bestätigen, nicht nur aus dem Irak, nicht nur aus Afghanistan, sondern auch über die schwarzen Anlagen, alles wurde bestätigt. Wir konnten bestätigen, was in den ägyptischen Gefängnissen geschah, wohin wiederum Gefangene geschickt wurden, um gefoltert zu werden. Die Aussagen von Curveball gaben den Vereinigten Staaten den Vorwand, einen illegalen Krieg gegen das irakische Volk anzuzetteln.

Krieg erzeugt Lügen. Dank WikiLeaks, dank Julian Assange waren wir in der Lage, diese

Barriere zu durchbrechen, die Lügen zu widerlegen und zu nachzuweisen, was tatsächlich passiert ist.

Krieg selbst ist ein Verbrechen. Natürlich muss Guantanamo geschlossen werden. Wer könnte bei klarem Verstand dafür argumentieren, Guantanamo weiterzuführen und die 39 Personen zu behalten, von denen die meisten bereits zur Freilassung freigegeben sind, wie Nancy Hollander feststellte. Natürlich muss Guantanamo geschlossen werden. Das ist doch kaum eine kontroverse Aussage. Natürlich muss Julian Assange freigelassen werden. Wieso ist das umstritten? Was hat Julian Assange getan, was die New York Times nicht getan hat? Was hat Julian Assange getan, was die Zeitung The Guardian nicht getan hat? Und zur Schande der New York Times, zur Schande des Guardian, zur Schande des Spiegel, steht keiner von ihnen auf der Seite des Mannes, der ihnen die Informationen geliefert hat, die dieser von Chelsea Manning erhielt. Doch wird er wegen Spionage angeklagt. Er sollte jetzt in diesen Raum treten, um uns von dem Mechanismus zu erzählen, den WikiLeaks schuf, damit Menschen ihre Informationen anonym zur Verfügung stellen können, so dass wir als Journalisten diese Informationen lesen und verifizieren können, und sie veröffentlichen. Die New York Times hat das Material veröffentlicht, das Chelsea Manning der Organisation WikiLeaks zur Verfügung gestellt hat. Wo ist die New York Times heute? Warum ist sie nicht in diesem Raum? Warum berichten sie nicht über das Belmarsh-Tribunal? Das fällt ihnen ganz einfach nicht ein.

Natürlich muss Guantanamo geschlossen werden. Natürlich muss Julian Assange freigelassen werden.

Heute sitzen die Whistleblower im Gefängnis. Die Kriegsverbrecher erhalten Preise. Krieg ist ein Verbrechen. Es liegt an uns, dieser Abscheulichkeit ein Ende zu bereiten.

<https://peoplesdispatch.org/2022/02/26/vijay-prashad-war-itself-is-a-crime/>

## Offizielle Erklärung der kubanischen Regierung

Die Entschlossenheit der USA, die schrittweise Ausdehnung der NATO in Richtung der Grenzen der Russischen Föderation fortzusetzen, hat zu einer Situation mit unvorhersehbaren Auswirkungen geführt, zu einer Situation, die hätte vermieden werden können.

Die militärischen Vorstöße der Vereinigten Staaten und der NATO in den letzten Monaten in die an die Russische Föderation angrenzenden Regionen sind hinlänglich bekannt, und ihnen ging die Lieferung moderner Waffen an die Ukraine voraus, die zusammen eine militärische Belagerung darstellen.

Es ist unmöglich, eine entschiedene und gewissenhafte Prüfung der gegenwärtigen Situation in der Ukraine vorzunehmen, ohne die gerechten Forderungen der Russischen Föderation an die Vereinigten Staaten und die NATO sowie diejenigen Faktoren sorgfältig zu bewerten, die zur Anwendung von Gewalt und zur Nichtbeachtung von Rechtsgrundsätzen und internationalen Normen geführt haben, die Kuba nachdrücklich unterstützt und die insbesondere für kleine Länder ein wesentliches Mittel im Widerstand gegen Hegemonie, Machtmissbrauch und Ungerechtigkeit darstellen.

Kuba ist ein Land, das das Völkerrecht verteidigt und der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet ist. Kuba wird immer für den Frieden eintreten und die Anwendung von Gewalt und die Androhung von Gewalt gegen jeden Staat verurteilen.

Wir bedauern zutiefst den Verlust von unschuldigen zivilen Menschenleben in der Ukraine. Das kubanische Volk unterhielt und unterhält weiterhin sehr enge Beziehungen zum ukrainischen Volk.

Die Geschichte wird die Vereinigten Staaten für die Folgen einer zunehmend offensiven

Militärdoktrin jenseits der NATO-Grenzen zur Rechenschaft ziehen, die den internationalen Frieden, die Sicherheit und die Stabilität bedroht.

Unsere Besorgnis hat sich mit der jüngsten Entscheidung der NATO, zum ersten Mal ihre Eingreiftruppe zu aktivieren, noch verstärkt.

Es war ein Fehler, die wohlbegründeten Forderungen der Russischen Föderation nach Sicherheitsgarantien über Jahrzehnte hinweg zu ignorieren und davon auszugehen, dass Russland angesichts einer direkten Bedrohung seiner nationalen Sicherheit wehrlos bleiben würde. Russland hat das Recht, sich zu verteidigen. Frieden lässt sich nicht durch die Belagerung oder Einkreisung von Staaten erreichen.

Der Resolutionsentwurf zur Lage in der Ukraine, den der UN-Sicherheitsrat am 25. Februar nicht annahm und der der Generalversammlung vorgelegt werden soll, war kein ernster Beitrag zur Lösung der aktuellen Krise.

Im Gegenteil, es handelt sich um einen unausgewogenen Text, der keinerlei Rücksicht nimmt auf die legitimen Anliegen aller beteiligten Parteien. Er erkennt auch nicht die Verantwortung derjenigen an, die zur Eskalation dieses Konflikts angestiftet oder aggressive Maßnahmen ergriffen haben.

Wir fordern eine ernsthafte, konstruktive und realistische diplomatische Lösung der gegenwärtigen Krise in Europa mit friedlichen Mitteln, die die Sicherheit und Souveränität aller sowie den regionalen und internationalen Frieden, die Stabilität und die Sicherheit gewährleistet.

Kuba lehnt Heuchelei und Doppelmoral ab. Es sei daran erinnert, dass die Vereinigten Staaten und die NATO 1999 einen Großangriff auf Jugoslawien, ein zersplittertes europäisches Land, starteten, der viele Menschenleben gekostet hat, um in Missachtung der UN-Charta geopolitische Ziele durchzusetzen.

Die Vereinigten Staaten und einige ihrer Verbündeten haben bei vielen Gelegenheiten Gewalt angewendet. Sie sind in souveräne Staa-

ten eingedrungen, um einen Regimewechsel herbeizuführen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen, die sich ihren Herrschaftsinteressen nicht unterwerfen und die ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit verteidigen.

Sie sind ebenso verantwortlich für den Tod von Hunderttausenden von Zivilisten, die sie als »Kollateralschäden« abtun, für Millionen von Vertriebenen und für die durch ihre Raubkriege vorangetriebene Zerstörung unseres Planeten.

*Aus: Granma, Aus dem Englischen übersetzt*

## Partei der Arbeit Belgiens PTB/PVDA

25. Februar 2022

Die PVDA verurteilt die russische Militärintervention in der Ukraine, die auf die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit von Donezk und Lugansk folgt. Dies ist eine eklatante Verletzung der ukrainischen Souveränität, der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.

Unsere Gedanken sind bei der betroffenen Zivilbevölkerung, aber wir denken auch an die drohende Gefahr, eine ganze Region weiter in die Schrecken des Krieges hineinzuziehen. Der russische Nationalismus, für den Putin steht, wird den ukrainischen Nationalismus anheizen und droht, die gesamte Region noch mehr in Brand zu setzen. Wir fordern einen sofortigen Stopp aller russischen Militäroperationen in der Ukraine.

Eine weitere Eskalation muss nun vermieden werden, und die Initiativen zur Erreichung eines Waffenstillstands müssen zügig fortgesetzt werden. Dies kann über die Vereinten

Nationen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder jeden anderen diplomatischen Weg geschehen.

Im Jahr 2015 unterzeichneten die Ukraine, Russland, Frankreich, Deutschland und die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk in Minsk ein Friedensabkommen. Diese Vereinbarungen wurden nie umgesetzt. Insbesondere weigerte sich die ukrainische Regierung, den östlichen Regionen Autonomie zu gewähren. Diese bestehenden Friedensabkommen können den Rahmen bieten, um alle Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Was wir jetzt vor allem brauchen, ist ein Ende der Eskalation. Die Achtung des Völkerrechts (einschließlich der Souveränität) muss die Grundlage für eine friedliche Lösung von Konflikten sein. Das gilt heute für die Ukraine, aber auch anderswo. Ohne Doppelmoral. (Die USA und ihre Verbündeten haben übrigens in den Kriegen im Kosovo (1999), im Irak (2003) und in Libyen (2011) gegen diesen Grundsatz verstoßen).

Die fortgesetzte Osterweiterung der NATO, insbesondere die Einbeziehung der Ukraine, steht im Widerspruch zu den Russland gegebenen Versprechen und wird von Russland als Bedrohung empfunden.

Der Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag über die Begrenzung der Zahl der ballistischen Flugkörper, aus dem INF-Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen und aus dem Open-Skies-Vertrag, gefolgt vom Ausstieg Russlands aus denselben Verträgen, hat die Sicherheitslage in Europa erheblich verschlechtert. Der von der NATO in Europa errichtete Raketenschild soll den USA die Möglichkeit eines »Erstschlags« geben.

Die Ausweitung der NATO muss gestoppt und der Rahmen der Machtblöcke und Konfrontationen durchbrochen werden. Die Sicherheit der Ukraine, Russlands und aller Länder in Europa ist miteinander verknüpft. Kein Land kann seine eigene Sicherheit gegen die eines anderen aufbauen.



Wir müssen dringend die Initiative ergreifen und Gespräche über eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa aufnehmen. Diese Architektur muss eine gemeinsame, kollektive und unteilbare Sicherheit für alle gewährleisten.

## KP Portugal

24. Februar 2022

Die PCP bringt ihre tiefe Besorgnis über die ernstesten Entwicklungen in der Situation in Osteuropa zum Ausdruck, einschließlich großangelegter russischer Militäroperationen in der Ukraine, weit über die Donbass-Region hinaus, und fordert dringend eine Deeskalation des Konflikts, die Herbeiführung eines Waffenstillstands und die Eröffnung eines Verhandlungsweges.

Die PCP bekräftigt die dringende Notwendigkeit von Initiativen, die zu einem Dialogprozess im Hinblick auf eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts, auf eine Antwort zu den Problemen kollektiver Sicherheit in Europa und auf die Einhaltung der Grundsätze der UN-Charta und der Schlussakte der Konferenz von Helsinki beitragen – Grundsätze, die die PCP verteidigt hat, als es um die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak, Afghanistan, Libyen oder Syrien ging, und die sie heute weiterhin mit derselben Überzeugung verteidigt.

Die PCP betont, dass die Verschlechterung der Situation untrennbar verbunden ist mit der gefährlichen Strategie der Spannung und Konfrontation, die von den USA, der NATO und der EU gegen Russland betrieben wird, was die kontinuierliche Erweiterung der NATO und die Verstärkung ihres offensiven Militärapparats entlang der Grenzen dieses Landes einschließt, wozu auch die Instrumentalisierung der Ukraine seit dem Staatsstreich von 2014 mit dem Rückgriff auf faschistische Gruppen gehört, was

zur Durchsetzung eines fremdenfeindlichen und kriegslüsternden Regimes führte, dessen gewalttätiges Handeln für die Verstärkung der Brüche und Spaltungen in diesem Land verantwortlich ist.

Die PCP hebt hervor, dass Russland ein kapitalistisches Land ist, dessen Positionierung im Wesentlichen von den Interessen seiner Eliten und Inhaber von Wirtschaftsgruppen bestimmt wird, mit einer Klassenkonzeption, die derjenigen der PCP entgegengesetzt ist. Diese Position kam insbesondere zum Ausdruck in der Anfang dieser Woche von Putin abgegebenen Erklärungen, die eine grobe Verzerrung der bemerkenswerten Lösung darstellen, die die Sowjetunion zur Frage der Nationalitäten und der Respektierung der Völker und ihrer Kulturen gefunden hatte. Gleichzeitig ist es wichtig zu unterstreichen, dass nicht zu erwarten ist, dass Russland, dessen Volk in seiner Geschichte kolossale Aggressionen erlebt hat, es als akzeptabel ansieht, dass ein militärischer Belagerungszustand entlang seiner Grenzen immer mehr verstärkt wird durch eine noch größere Ausdehnung der NATO.

Die Lösung ist nicht Krieg, sondern Frieden und Zusammenarbeit. Zur Verteidigung der Interessen und Bestrebungen des portugiesischen Volkes und der Völker ganz Europas muss die portugiesische Regierung handeln, um die Beendigung der Eskalation der Konfrontation zu unterstützen und eine Verhandlungslösung zu erleichtern, und Portugal nicht auf die Strategie zunehmender Spannungen ausrichten, die von den USA, der NATO und der EU diktiert werden.

## KP der USA

25. Februar 2022

Die KPUSA ruft die US-Bevölkerung dazu auf, von der Regierung Biden einen sofortigen Kurswechsel zu verlangen. Krieg ist niemals eine akzeptable Lösung und muss auf das Schärfste abgelehnt werden. Deshalb fordern wir auch Russland auf, seine Truppen abzuziehen. Alle Sanktionen müssen beendet und die Grenzen gesichert und respektiert werden.

Das Säbelrasseln, die Sanktionen und der Bluff der letzten Wochen haben, wie der Vorstand der KPUSA warnte, in einen offenen Krieg gemündet. Russlands Einmarsch in der Ukraine droht katastrophale Folgen zu haben.

Es besteht kein Zweifel, dass der seit langem anhaltende Versuch des US-Imperialismus und der NATO, die Ukraine in das Militärbündnis einzubinden, die Spannungen verschärft hat. In jüngster Zeit haben diese Bemühungen sowie die Bereitstellung von Militärgütern in Verbindung mit der Rhetorik des Kalten Krieges die Krise verschärft. Ein dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn die Ukraine nicht der NATO angehört.

Die herrschenden Kreise Russlands verfolgen ihre eigenen nationalen Pläne, und der Kriegsausbruch wird die Lage nur noch verschlimmern.

Die gegenwärtige Krise bahnt sich seit langem an. Der historische Kontext reicht zurück zum Ende des Zweiten Weltkriegs, zum Kalten Krieg und der Gründung der NATO.

Der Grund für die heutigen Auseinandersetzungen ist jedoch die Tatsache, dass die Präsenz von NATO- und US-Stützpunkten, Streitkräften und Raketensystemen eine ständige Bedrohung für die russische Westgrenze darstellt. In den letzten zehn Jahren haben Litauen, Polen, Lettland, Rumänien und Estland diesen Verbänden eine Heimat geboten und eine ständige Kriegsbereitschaft aufrechterhal-

ten. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die am Ende des Kalten Krieges getroffenen Vereinbarungen, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde.

Die NATO-Erweiterung umfasst nun nicht allein Polen, Ungarn und die Tschechische Republik – bis 2004 kamen sieben weitere Länder hinzu. Einst zählte die NATO 12 Mitglieder, heute sind es 28. Darüber hinaus prüft das Militärbündnis Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Ukraine als mögliche künftige Mitglieder.

Ein weiterer Faktor, der in der aktuellen Krise berücksichtigt werden muss, ist das Schicksal der vier Millionen Russen, die in den Gebieten Lugansk und Donezk in der Ukraine leben. Die 2014 getroffenen Vereinbarungen über ihre Autonomie sind von der ukrainischen Regierung nie umgesetzt worden.

Diese Regionen widersetzten sich dem von den USA unterstützten Staatsstreich von 2014, durch den der gewählte Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, gestürzt wurde. Für ihren Widerstand von 2014 wurden die Separatisten vom Asow-Bataillon, einer militärischen Einheit der Organisation Ukrainischer Nationalisten – Fraktion Bandera (OUN-B), einer Neonazi-Einheit, angegriffen und getötet. Einige Quellen beziffern die Zahl der Opfer auf 14.000.

Über diesen Kontext wollen und werden die Biden-Administration und die Konzernmedien nicht sprechen. Unser Land befindet sich in einer ernsten politischen und sozialen Krise, die durch das Schüren der Kriegsflammen nur verschlimmert werden kann. Das Lob der Invasion als »wunderbar« durch den ehemaligen Präsidenten Trump impliziert, dass die USA in Mexiko einmarschieren sollten. »Wir könnten das an unserer Südgrenze gebrauchen. Das ist die stärkste Friedenstruppe, die ich je gesehen habe«, lautete seine erschreckende Aussage.

Die schwerwiegenden Probleme des Klimawandels, der mangelnden Gesundheitsversorgung, der Niedriglohnjobs und des institutionellen Rassismus, der unsere Arbeiterklasse bedroht, können nicht gelöst werden, solange

die USA jedes Jahr Milliarden für die Aufrechterhaltung einer massiven Militärmacht und -bewaffnung sowie für die NATO ausgeben. Milliarden konnten für den Militärhaushalt gefunden werden, aber das Wirtschaftsprogramm »Build Back Better« angeblich zu kostspielig ist.

Wir, die Mitglieder der KPUSA, schließen uns entschieden den Friedenskräften in aller Welt an und fordern: Keine Ausweitung der NATO, keine Truppenstationierung, kein Krieg gegen die Ukraine, kein Krieg gegen Russland, kein Krieg mehr! Die Zukunft des Planeten hängt davon ab.

## KP Irlands

26. Februar 2022

Die Welt steht heute einem globalen Krieg näher als je seit 1962. Die beiden größten Länder Europas befinden sich im Krieg. Ursache für diese Situation ist die Ausweitung der NATO und ihr Vorhaben, ihren imperialen Konkurrenten, Russland, durch die Konzentration großer Truppenstützpunkte und Massenvernichtungswaffen entlang seiner westlichen und südlichen Grenzen einzuengen, sowie die massive Bewaffnung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und Paramilitärs insbesondere durch Britannien.

Die Lage wird dadurch verschärft, dass der offene Faschismus im politischen System der Ukraine und in ihrem Militär fest verankert ist. In den letzten Wochen wurden in großem Umfang US-amerikanische und britische Waffen in die baltischen Länder importiert, ohne Rücksicht auf finanzielle oder menschliche Kosten.

Die Arbeiterklassen Russlands und der Ukraine werden in diesem andauernden militärischen Konflikt den schwersten Preis zu zahlen haben. Die CPI erklärt sich solidarisch mit den Arbeiterklassen Russlands und der Ukraine und

mit den Kommunisten beider Länder. Wir teilen das Leid der Soldaten und ihrer Familien, die Opfer dieses interimperialistischen Krieges sind.

Diese Entwicklungen zeigen die verhängnisvollen Folgen der Ausweitung des NATO-Kriegsbündnisses auf. Sie belegen weiterhin das Bemühen beider Regierungen, von ihrem politischen und wirtschaftlichen Versagen abzulenken. Insbesondere die Europäische Union unterstützte den Putsch von 2014, um die Ukraine zu unterminieren, und arbeitet weiterhin daran, dieses Land in ihr Konstrukt einzugliedern.

Die demokratischen Kräfte in Irland und in ganz Europa müssen sich zusammenschließen und gemeinsam für die Auflösung des aggressiven Militärbündnisses NATO eintreten sowie sich der militärischen Aufrüstung der EU-PESCO widersetzen. Die Heuchelei der westlichen imperialen Mächte kennt keine Grenzen, insbesondere die des britischen Imperialismus und seiner Rolle und Einmischung in die Angelegenheiten des irischen Volkes seit Jahrhunderten, der weiterhin das Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen, souveränen, vereinigten Irlands verweigert.

Die aktuelle Situation konfrontiert uns mit dem Schrecken eines interimperialistischen Atomkriegs. Es ist dringend erforderlich, dass sich neutrale und bündnisfreie Staaten zusammenschließen, um für nukleare Abrüstung und Auflösung von Kriegsbündnissen einzutreten. Irland könnte jetzt seine Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat nutzen, einen unabhängigen Standpunkt einzunehmen, der einem souveränen Staat angemessen ist.

In diesen dunklen Tagen in Europa sollte nicht vergessen werden, dass die westlichen Mächte ihr Kriegstreiben fortsetzen, indem sie beispielsweise Saudi-Arabien bei seinem andauernden Gemetzel im Jemen unterstützen und es mit Bombenflugzeugen und Waffen beliefern, die zur Verwüstung ganzer Stadtgebiete eingesetzt werden. Wie die Kriege

in Afrika wird auch dieser Konflikt von den westlichen Medien weitgehend verschwiegen. Große und kleine Stellvertreterkriege werden unterstützt, und illegale Sanktionen sowie Subversion zur Förderung und zum Schutz ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärstrategischen Interessen weltweit eingesetzt.

Heuchelei und Doppelmoral sind Standardwerkzeuge des Imperialismus. Zahlreiche illegale Kriege weltweit fördern und verteidigen die Interessen globaler Konzerne und des Monopolkapitalismus. Krieg und Kriegsdrohungen gehören zum Alltagsarsenal imperialistischer Mächte sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus strategischen Gründen. Bei dem Versuch, die Souveränität insbesondere von Venezuela, Nicaragua, dem Iran und der Demokratischen Volksrepublik Korea zu untergraben, sind Staaten mit unterschiedlicher ideologischer Grundlage ständigen Drohungen und Schikanen ausgesetzt. Die gegen diese und andere Länder verhängten Sanktionen beeinträchtigen unweigerlich das Leben der ärmsten Bürger. Solche Sanktionen sind oft von zweifelhafter Rechtmäßigkeit, insbesondere wenn sie von der EU verhängt werden.

Die Kommunistische Partei Irlands fordert einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine und eine politische Lösung im Rahmen der von der UN ausgehandelten Minsker Vereinbarungen von 2014. Eine solche Lösung würde eine entmilitarisierte, neutrale Ukraine umfassen, aus der alle ausländischen Streitkräfte und Söldner abgezogen und die neofaschistischen paramilitärischen Gruppierungen aufgelöst würden.

In dieser kritischen Phase des Weltgeschehens hat der irische Staat jeden Anschein einer unabhängigen Außenpolitik aufgegeben und erhält seine Befehle von einer Europäischen Union, die darauf abzielt, sich zu einer noch größeren Macht innerhalb des Imperialismus zu entwickeln. Ein ernsthaft neutrales Irland könnte eine positive Rolle bei der Bekämpfung der Kriegshysterie und im Wirken für weltweite Abrüstung spielen.

Aus diesem Grund muss unsere Neutralität in der Bunreacht na hÉireann (in der irischen Verfassung) verankert werden. Irland muss sich mit den friedliebenden Völkern der Welt verbünden, nicht mit den Armeen des Imperialismus.



## Impressum

**MARXISTISCHE BLÄTTER**

ISSN 0542-7770 • ISBN 978-3-96170-052-3

Heft: 2\_2022 60. Jahrgang

Redaktionschluss: 2. März 2022

**Anschrift:**

MARXISTISCHE BLÄTTER  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: [redaktion@marxistische-blaetter.de](mailto:redaktion@marxistische-blaetter.de)

**Marxistische Blätter im Internet:**

<http://www.marxistische-blaetter.de>

[www.facebook.com/MarxBlätter](https://www.facebook.com/MarxBlätter)

Webmaster: [webmaster@marxistische-blaetter.de](mailto:webmaster@marxistische-blaetter.de)

**Satz und Gestaltung:** Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, [www.satz.nrw](http://www.satz.nrw)

**Verlag:** Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: [info@neue-impulse-verlag.de](mailto:info@neue-impulse-verlag.de)

Anschrift und Telefon: wie Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.